

# Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. —

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Die Redaktionsleitung. Druck: Die Druckerei des Auer Tageblattes, Leipzig. —

Telegramme: Erzgebirge Auer. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Route Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 139

Freitag, den 18. Juni 1926

21. Jahrgang

### Briand mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Poincaré soll das Finanzministerium übernehmen.

Paris, 18. Juni. Der äußere Ablauf der Regierungskrise vollzieht sich in Frankreich nach genau geregelten, in allen Einzelheiten festgelegten Formen. Ein durch jahrzehntelange Tradition geheiligter Ritus schreibt von dem Augenblick an, da ein Kabinet dem Präsidenten der Republik seine Demission überreicht hat bis zu dem Augenblick, da das neu gewählte Ministerium sich im Elysee offiziell vorgestellt hat, den beteiligten Persönlichkeiten die Richtschnur ihres Handelns vor. Er macht es Herrn Doumergue zur Pflicht, mehr als drei Tugend der namhaftesten Politiker über die Situation zu konsultieren, und außerdem die Präsidenten der beiden Häuser des Parlaments, die Vorsitzenden der wichtigsten Kommissionen, die Vorsitzenden der wichtigsten Fraktionen, die Führer sämtlicher Fraktionen um ihre Meinungen zu befragen, selbst dann, wenn er diese, wie im vorliegenden Falle, schon kennt, noch ehe die von ihm Gebetenen den Audienzsaal betreten haben.

#### Empfänge bei Doumergue.

Paris 18. Juni. Präsident Doumergue empfing heute nachmittag den Generalberichterstatter des Finanzausschusses des Senats Chéron, die Senatoren Poincaré und Rattier sowie den linksradikalen Abgeordneten Victor Voret. Nach Habas werden die Besprechungen heute Abend beendet sein und Doumergue wird dann sofort die Persönlichkeit ins Elysee berufen, die er mit der Kabinettsbildung beauftragen wird. Ferner empfing der Präsident den Abgeordneten Louis Marin, der erklärte, daß nach seiner Meinung die Wiederbetragung Briands mit der Kabinettsbildung notwendig sei, und danach den Abgeordneten Franklin Bouillon, der sich für ein Kabinet von Leon Blum bis Louis Marin aussprach. Außerdem wurden noch Abgeordnete de

Chapdelaine, Vizepräsident des Senats Hervey und Abgeordneter Leon Blum empfangen.

Briand ist mit der Kabinettsbildung betraut worden und hat den Auftrag angenommen.

Paris, 18. Juni. Beim Verlassen des Elysee erklärte Briand, er habe dem Präsidenten mitgeteilt, er werde versuchen, ein Ministerium auf der Grundlage des weitergehenden Zusammenschlusses der Fraktionen zu bilden und deshalb deren beschäftigten Vertreter zu suchen, angesichts des Ernstes der Lage sich einzig und allein auf den Standpunkt der nationalen Interessen zu stellen und sich zu bemühen, wieder eine normale Finanzlage zu schaffen. Wie Habas weiter mitteilt, hat Briand die Kabinettsbildung grundsätzlich übernommen, aber seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, sich mit seinen Freunden zu besprechen, ehe er eine endgültige Antwort erteile.

#### Poincaré bereit.

Paris, 18. Juni. Briand hatte heute nachmittag eine lange Unterredung mit Poincaré am Quai d'Orsay. Es verlautet, daß Poincaré sich dazu bereit erklärt haben soll, als Finanzminister in ein neues Kabinet Briand einzutreten.

#### Der Franken erholt sich.

Paris, 18. Juni. Die bereits gemeldete Waise auf dem Devisenmarkt hält an. Die Hoffnung auf das Zustandekommen eines starken Konzentrationsministeriums ließ das Pfund, das nach mannigfachen Schwankungen an der Börse mit 171,8 gegen 176,54 gestern schloß, in den Nachmittagsstunden auf 167 zurückgehen. Die Mark, die gestern mit 8,60 bezahlt wurde und heute an der Börse mit 8,40 notierte, sank im Abendverkehr der Banken unter 8,20.

#### Besprechung über Zollfragen beim Kanzler.

Berlin, 18. Juni. Heute mittag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler statt, um Klarheit zu gewinnen über die parlamentarische Lage im Hinblick auf die bevorstehende Einführung der erhöhten autonomen Zollsätze für Einfuhrgetreide. Die erhöhten Sätze sollen am 1. August in Kraft treten. Praktisch werden sie fast nicht zur Anwendung gelangen, da in den bisher abgeschlossenen Handelsverträgen auf der Grundlage der Weisbegünstigungsklausel die neuen Zollsätze bereits unterboten bleiben. Von demokratischer Seite wird beantragt, die Einführung der neuen Sätze zu suspendieren. Demgegenüber wird von deutschnationaler Seite betont, daß bei Verbleiben bei den alten Sätzen, die ebenfalls unter den praktisch angewandten Sätzen bleiben, die Regierung ein wesentliches Verhandlungsinstrument bei Handelsvertragsverhandlungen mit solchen Staaten verliert, mit denen wir noch zu keinem Vertrage kommen konnten. Diese Auffassung wird in der nächsten Plenarsitzung des Reichstages am Montag ebenfalls Ausdruck finden. In den heutigen Parteiführerbesprechungen wurden bestimmte Resultate nicht erzielt.

#### Politischer Zusammenstoß in Hamborn.

Hamborn, 18. Juni. Ein blutiger Zusammenstoß zwischen Stahlhelmlern und Roten Frontkämpfern hat sich in der vergangenen Nacht in der Schillerstraße hier zugetragen. Ein Trupp Stahlhelmler wollte dort Plakate gegen den Bolschewismus anheften, als eine Anzahl Kommunisten aus der dort gelegenen Arbeiterkolonie erschien und gegen die Stahlhelmler vorging. Ein Stahlhelmler und ein Kommunist wurden durch Schüsse schwer verletzt und mußten sofort ins Krankenhaus übergeführt werden. Eine weitere Anzahl von Personen wurde leichter verwundet. Es entwickelte sich ein regelrechtes Gefecht, in dessen Verlauf mehrere Dutzend Schüsse fielen. Die inzwischen benachrichtigte Polizei schritt sofort ein und trieb die Kämpfenden auseinander, deren Zahl allmählich auf über 500 angewachsen war. Fünf der Streitenden wurden festgenommen.

#### Die Insassen eines britischen Flugzeuges an der Iraq-Grenze gefangen genommen.

Bagdad, 18. Juni. Ein britischer Flieger und sein Flugzeugführer, die infolge Verfassens des Motors niedergehen mußten, wurden an der Iraq-Grenze von türkischen Soldaten gefangen genommen.

### Die Flaggfrage.

Vorschläge für die Einheitsflagge.

Berlin, 18. Juni. Der Reichsregierung sind in den letzten Wochen aus allen Teilen Deutschlands und von Angehörigen aller Stände und Berufe Vorschläge für eine deutsche Einheitsflagge zugegangen. Bei der Fülle der Einwendungen ist es nicht möglich, einzeln zu antworten. Es sei daher auf diesem Wege für die Anregungen und dem in ihnen oft leidenschaftlich bekundeten Wunsch nach einem alle Deutschen vereinigenden Symbol der Vaterlandsliebe gedankt.

#### Das Beslaggen von Dienstwohnungen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird in einem neuen gemeinsamen Rundschreiben des Finanzministers und des Ministers des Innern über das Beslaggen von Dienstwohnungen und fiskalischen Mietwohnungen durch die Wohnungsinhaber bestimmt: Der Abschluß neuer Mietverträge über Wohnungen in Gebäuden, die im Eigentum des Staates stehen oder von ihm angemietet sind, ist, gleichgültig, ob der Mieter Beamter ist oder nicht, ausnahmslos von der Anerkennung einer Hausordnung abhängig zu machen, in der die Beachtung des Staatsministerialbeschlusses vom 30. Juni 1925 zur Pflicht gemacht wird. Dieser Staatsministerialbeschluss bestimmt, daß an den obengenannten Wohnungen nur dann, wenn das Dienstgebäude selbst beslaggt wird, und nur in den verfassungsmäßigen Grenzen des Landes, des Bundes, der Provinz oder Gemeinde beslaggt werden darf. Bezüglich schon bestehender Mietverträge ist eine entsprechende Ergänzung der Verträge oder der Hausordnungen anzutreten. Dienstwohnungen sind ohne weiteres als unter die Vorschriften des genannten Staatsministerialbeschlusses fallend anzusehen.

#### Dr. Stresemann zur Frage der Fürstenschädigungen.

Dortmund, 18. Juni. In einer Hauptversammlung des Wahlkreises Westfalen-Süd der Deutschen Volkspartei in Hagen sprach Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann über die politische Lage. In seinen Ausführungen ging Dr. Stresemann u. a. auf die Frage der Fürstenschädigungen näher ein und wies die in einer Zentrumsversammlung in Hückelhagen aufgestellte Behauptung zurück, wonach die Deutsche Volkspartei in den letzten Besprechungen mit dem Reichskanzler habe erkennen lassen, daß sie für ein Kompromiß, das nicht verfassungsändernd ist, nicht zu haben sei und somit jede Aussicht auf eine zufriedenstellende Lösung durch Reichstagsbeschluss mit einfacher Mehrheit entfallt. Demgegenüber stellte Dr. Stresemann im ausdrücklichen Einverständnis mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz mit Nachdruck fest, daß gerade die Deutsche Volkspartei für eine Regelung eingetreten ist, durch die eine befriedigende Lösung durch Reichstagsbeschluss mit einfacher Mehrheit gewährleistet würde. Es sei selbstverständlich, daß auch nach dem zu erwartenden negativen Ausgang der Abstimmung am 20. Juni die Reichsregierung mit allem Nachdruck für die Annahme ihres Vergleichsvorschlages eintreten würde und daß die Deutsche Volkspartei, wie Stresemann als Parteivorsitzender feststellte, sich mit größter Energie für diese Vergleichslösung einsetzen werde, die, wie die Zustimmung der preussischen Staatsregierung zu diesem Vorschlag im Reichsrat wohl vor aller Öffentlichkeit beweise, das Staatsinteresse genügend wahre.

#### Reise Dr. Stresemanns nach Hagen und Dortmund.

Berlin, 18. Juni. Die Meldung, daß der Reichsaussenminister Dr. Stresemann sich nach Düsseldorf begeben habe, bestätigt sich nicht. Er hat sich nach Hagen und Dortmund begeben, um einer Sitzung der dortigen Ortsgruppen der Deutschen Volkspartei beizuwohnen.

#### Pfälzisches Verlangen nach Reichshilfe.

München, 18. Juni. Ein im Staatshaushaltsausschuss des Bayerischen Landtages angenommener Antrag pfälzischer Abgeordneter spricht sich dafür aus, bei der Reichsregierung darauf zu dringen, daß die durch die Truppenübungen der Wehrmacht in der Pfalz verursachten Schäden möglichst herabgemindert werden. Für die durch die Anlegung von Militärflugplätzen und für die durch Bombenabwürfe entstehenden Schäden sollen entsprechende Entschädigungen gewährt bzw. Aufwertung der schon bewilligten Entschädigungen genehmigt werden. Ein weiterer Antrag fordert, daß für die während des Krieges in der Pfalz durch Bombenabwürfe verursachten Schäden eine angemessene Entschädigung gewährt werden solle.

#### Der türkische Anteil an Mosul-Petroleum.

Bagdad, 18. Juni. Die Türkei hat das Angebot des Iraq angenommen, wonach sie statt der im englisch-türkischen Abkommen vorgesehenen prozentualen Beteiligung an der Petroleumproduktion in Mosul eine halbe Million Pfund Sterling erhält.

#### Abzahlung von Kriegsschulden an Amerika.

Washington, 18. Juni. Im Staatschatz gingen gestern 77 783 128 Dollar zur Abzahlung von Kriegsschulden ein, und zwar von Seiten Großbritanniens die Halbjahreszahlung von 67 950 000 Dollar und von Italien 5 000 000 Dollar. Belgien, Tschechoslowakei, Estland, Finnland, Ungarn, Litauen, Polen, Rumänien und Dänemark zahlten zusammen 4 833 127 Dollar.

Belgrad, 18. Juni. Der Finanzausschuss der Kammer nahm mit 17 gegen 9 Stimmen das Gesetz über die Regelung der jugoslawischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten an.

#### Amerika und der Austritt Brasiliens aus dem Völkerbund.

Washington, 18. Juni. Der amerikanische Gesandte in Rio de Janeiro dementierte in einem an das Staatsdepartement gerichteten Telegramm die auswärts verbreitete Nachricht, daß er dem Präsidenten von Brasilien Bernandes zum Austritt Brasiliens aus dem Völkerbund seine Glückwünsche ausgesprochen hätte. „Associated Press“ meldet, daß Staatssekretär Kellogg und andere Beamte des Staatsdepartements die Veröffentlichung eines offiziellen Dementis der Gerüchte, wonach die Washingtoner Regierung auf Brasilien in der Frage seiner Beziehungen zum Völkerbund irgendwie eingewirkt hätte, für vollkommen überflüssig halte.

#### Neue Kämpfe in Marokko.

Paris, 18. Juni. Habas meldet aus Rabat: In der Gegend von Fes sind einige Stämme in Streit geraten, in dessen Verlauf die Beni Mabdil einige Ortschaften angegriffen und in Brand gesteckt haben. Die spanischen Streitkräfte haben die Front östlich von Ta-aa und das Fort Gama besetzt.

#### Spanien und das Schicksal Abd el Krims.

Madrid, 18. Juni. Wie die Zeitungen melden, hat der Ministerrat einstimmig beschlossen, die spanische Abordnung bei der Pariser Marokkokonferenz dazu zu begünstigen, daß sie bereits bei den ersten Besprechungen erreicht habe, der Frage der Behandlung Abd el Krims den Vorrang zu sichern. Die in den französischen Kreisen unmittelbar nach der Unterwerfung des Führers der Aufständischen gehegte Meinung scheint sich geändert zu haben und sich der von dem spanischen Kabinet verfolgten Auffassung zu nähern.